



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Laboe
(LABOE/GV/07/2013) vom 27.08.2013

Anwesend:

1. stellv. Bürgermeister

Herr Walter Riecken

2. stellv. Bürgermeister

Herr Jörg Erdmann

Bürgervorsteher

Frau Wiebke Eschenlauer

1. stellv. Bürgervorsteher

Herr Carsten Leonhardt

2. stellv. Bürgervorsteher

Frau Beke Schöneich-Beyer

Mitglieder

Frau Marina Cornehl

Herr Jens Dittmann-Wunderlich

Herr Hubertus Döttelbeck

Herr Horst Etmanski

Frau Julia Hansen

Frau Verena Kay

Frau Annette Kleinfeld

Herr Walter Kreft

Herr Jan Kruse

Frau Inken Kuhn

Herr Stephan Matthiesen

Frau Ulrike Mordhorst

Herr Jochen Nazareth

Frau Ulrike Nowack

Herr Martin Opp

Herr Günter Petrowski

Herr Ulrich Schaefer

Herr Jürgen Schröder

von der Verwaltung

Herr Sönke Körber

Amtsleiter

Protokollführer/in

Frau Saskia Kardel

Amt Probstei

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ralf Mattern

fehlt entschuldigt

Frau Margit Wunderlich

fehlt entschuldigt

Beginn: 19:00 Uhr
Ende 21:30 Uhr
Ort, Raum: 24235 Ostseebad Laboe, Schulstr. 1, (Jenner-Arp-Sporthalle)

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Einwohnerfragestunde
5. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 17.07.2013 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Mitteilungen des Bürgermeisters
7. Feststellung der Gültigkeit der Gemeindewahl vom 26.05.2013 LABOE/BV/692/2013
8. Satzungsänderungen LABOE/BV/703/2013
- 8.1. Satzung zur 7. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Ostseebad Laboe vom 11.02.2008
- 8.2. Satzung zur 2. Änderung der Gemeinde Ostseebad Laboe über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern vom 19.12.2007
9. Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Benutzung und Gebührenerhebung für die Unterkünfte für Obdachlose in der Gemeinde Laboe vom 13.12.1995 LABOE/BV/673/2013
10. Richtlinie über die Nutzung der Lesehalle - Beratung und Beschluss LABOE/BV/702/2013
11. Einrichtung weiterer Kindertagesstättenplätze LABOE/BV/698/2013
12. Resolution zur Erhaltung der Polizeistation Laboe
13. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Frau Bürgervorsteherin und Vorsitzende Eschenlauer eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit mit 23 Vertreter/innen der Gemeindevertretung gegeben ist.

TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

Die Vorsitzende fragt, ob Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung vorliegen.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt beantragt die Tagesordnung um einen Tagesordnungspunkt „Resolution zur Erhaltung der Polizeistation Laboe“ zu ergänzen.

Frau Eschenlauer schlägt vor, diese Angelegenheit als TOP 12 aufzunehmen, und die nachfolgend geplanten Tagesordnungspunkte anzupassen.

Die Gemeindevertretung beschließt dies einstimmig mit 23 Ja-Stimmen.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig mit 23 Ja-Stimmen, die Tagesordnungspunkte 14-17 nichtöffentlich zu beraten.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Die Tagesordnung lautet damit wie folgt:

→ siehe oben

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Frau Ulrike Beelert-Kolbe meldet sich zu Wort und verweist auf die letzte Sitzung des SKS-Ausschusses, in der eine Summe in Höhe von 60.000 € – 80.000 € für einen Naturerlebnisspielplatz genannt wurde. Sie erläutert, dass man für diese Summe ein Gebiet von 3000 – 4000 m² als Naturerlebnisspielplatz umgestalten könnte und möchte wissen, von welcher Quelle die veranschlagte Summe stammt.

Herr Riecken antwortet, dass für die Spielplätze in der vergangenen Legislaturperiode ein Plan erarbeitet wurde, aus dem die Summe übernommen wurden und stellt klar, dass der zuständige Ausschuss noch keine abschließende Entscheidung getroffen hat und zur Zeit evtl. in Frage kommende Flächen prüft.

Herr Schmidt möchte wissen, wie die Gemeindevertretung zu der Internetplattform des Herrn Volker Erlenbach steht und was die Bürgerinnen und Bürger von dieser zu halten haben, da bisher keine offizielle Aufklärung durch die Vertretung stattgefunden habe.

Herr Riecken erklärt, dass ihm diese Internetseite nicht bekannt sei und er diese auch in Zukunft ignorieren werde. Dies sei der einzige Weg für ihn, die Vorwürfe auf dieser Internetseite im Keime zu ersticken.

Herr Andreas Clemens meldet sich zu Wort und lobt die Gemeindevertreter für die schnelle Umsetzung, Kopien der Tagesordnung an die Gäste der Sitzung zu verteilen. Er hinterfragt den Tagesordnungspunkt 6, „Mitteilung des Bürgermeisters“, da die Gemeinde für sein Verständnis zur Zeit keinen Bürgermeister habe.

Frau Vorsitzende Eschenlauer bestätigt dies. Der Tagesordnungspunkt müsste „Mitteilung des 1. Stellvertretenden Bürgermeisters“ heißen.

Herr Manfred Beelert erklärt, dass er beim Team Laboe nachgefragt habe und in keinem der vergangenen Protokolle des SKS eine Summe in Höhe von 60.000€ - 80.000€ für den Naturerlebnisspielplatz gefunden werden konnte.

Ein weiterer Bürger meldet sich zu Wort und erkundigt sich zum Sachstand des Werkleiters.

Herr Riecken entgegnet, dass keine Personalangelegenheiten in der Öffentlichkeit besprochen werden.

Nachdem keine weitere Wortmeldungen vorliegen, schließt Frau Vorsitzende Eschenlauer die Einwohnerfragestunde.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 17.07.2013 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Vorsitzende Eschenlauer fragt die Gemeindevertreter/innen, ob es Einwendungen zur Niederschrift vom 17.07.2013 gebe.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Niederschrift wie vorliegend anzunehmen.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 22	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 6: Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Riecken teilt die nächsten Sitzungstermine wie folgt mit:

- Donnerstag, 05.09.2013 Finanzausschuss
- Dienstag, 17.09.2013 Bauausschuss

- Dienstag, 24.09.2013 Gemeindevertretung

Des weiteren informiert Herr Riecken über die Sperrung der Mühlenstraße aufgrund Verlegungsarbeiten neuer Wasserleitungen des Wasserbeschaffungsverbandes. Die Straße soll anschließend erneuert werden.

TO-Punkt 7: Feststellung der Gültigkeit der Gemeindewahl vom 26.05.2013
Vorlage: LABOE/BV/692/2013

Frau Vorsitzende Eschenlauer verweist auf das Protokoll des WPA und fragt die Gemeindevertreter/innen, ob es Einwände zur Niederschrift gibt.

Es wurden keine Einwände erhoben.

Die Gemeindevertretung beschließt die Niederschrift einstimmig mit 23 Ja-Stimmen.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 8: Satzungsänderungen
Vorlage: LABOE/BV/703/2013

Herr Gemeindevertreter Schäfer schildert seine Bedenken zur geplanten Änderung der Hauptsatzung. Er ist der Meinung, dass der Bürger nach seinem Willen gefragt werden sollte. Für eine Umfrage schlägt er die Bundestagswahl am 22.09.2013 vor. Dem Bürger soll bis dahin der Unterschied zwischen Haupt- und Ehrenamt erklärt werden.

Frau Gemeindevertreterin Mordhorst sieht dies anders. Sie plädiert für den Schritt der Satzungsänderung. In der Vergangenheit habe es viele Unruhen gegeben, die die Bevölkerung aufgewühlt habe. Ein hauptamtlicher Bürgermeister ist ihrer Meinung nach nicht nötig. Der ehrenamtliche Bürgermeister würde aus der Mitte der Gemeindevertretung gewählt werden und würde die Interessen des Bürgers vertreten.

Herr Gemeindevertreter Erdmann steht einer Satzungsänderung, entgegen seiner Fraktion, kritisch gegenüber. Er ist der Meinung, dass eine Person für das Hauptamt gewählt werden müsse, die der Aufgabe gewachsen sei. Diese könnte der Gemeindevertretung gute Vorschläge unterbreiten und hätte Zeit, sich mit bestimmten Dingen mehr auseinanderzusetzen. Das Ehrenamt sei in seinen Augen niemandem zuzumuten, da durch die Satzungsänderung nicht nur die Bürgermeistertätigkeit, sondern auch die des Werkleiters übernommen werden würde.

Herr Gemeindevertreter Nazareth spricht sich ebenfalls für einen hauptamtlichen Bürgermeister aus. Er hinterfragt, wie Abläufe bei einem ehrenamtlichen Bürgermeister laufen sollen.

Herr Gemeindevertreter Schäfer erläutert nochmals seinen Vorschlag, die Bürgerinnen und Bürger zur Bundestagswahl zu befragen und erst anschließend über eine Satzungsänderung abzustimmen. Er möchte daran erinnern, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Bürgermeister- und Kommunalwahl ein Votum erhoben haben, dass die bisherige Politik nicht erwünscht sei.

Frau Gemeindevertreterin Mordhorst sieht den Weg weiter in der Ehrenamtlichkeit. In ihren Augen müssten die Stellvertreter mehr eingebunden werden, so dass sich die Aufgaben auf mehrere Schultern verteilen.

Frau Gemeindevertreterin Kuhn ist der Auffassung, dass ein Ehrenamt sehr sinnvoll wäre. Alle Fraktionen sollten einen Stellvertreter stellen und ihren Beitrag zu den anfallenden Aufgaben leisten.

Herr Gemeindevertreter Etmanski erinnert an die Gemeindeordnung. In dieser sei es rechtlich festgelegt, dass eine Gemeinde nur eine Person zum Vertreter hat. Er möchte wissen, wie die Entscheidungsbefugnis läuft, wenn mehr als eine Person an der Spitze stehen.

Herr stellv. Bürgermeister Riecken gibt zu bedenken, dass geeignetes Personal gefunden werden müsse. Seine Idee schließe drei, statt bisher zwei Stellvertreter ein. Es sei von den Personen abhängig, die das Amt bekleiden, wie die Aufgaben verteilt würden. Ein ehrenamtlicher Bürgermeister habe nicht so viel Zeit wie ein hauptamtlicher Bürgermeister, daher müssten die Stellvertreter sich eigenständig um bestimmte Projekte kümmern und diese leiten. Als Beispiel gibt er die Umgestaltung des Probsteier Platzes und Satzungsänderungen an. Das Gleiche gelte für Repräsentationen der Gemeinde. Bei guter Zusammenarbeit würde sich die Gesamtlast auf mehrere Schultern verteilen.

Frau Vorsitzende Eschenlauer weist darauf hin, dass es für jede Vertreterin bzw. jeden Vertreter eine Gewissensentscheidung ist und bittet darum, die einzelnen Punkte der Satzungsänderung zusammen durchzugehen.

TO-Punkt 8.1: Satzung zur 7. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Ostseebad Laboe vom 11.02.2008

Die Gemeindevertreterinnen und Vertreter stimmen über Art 1 der 7. Änderung der Hauptsatzung ab.

Beschluss:

Artikel1 der 7. Änderung der Hauptsatzung wird von der Gemeindevertretung angenommen.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 20	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

Frau Vorsitzende Eschenlauer verliest § 3 der 7.Änderung der Hauptsatzung und fragt, ob es Einwände zu dieser Änderung gibt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt § 3 der 7.Änderung der Hauptsatzung zu

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 20	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

Frau Gemeindevertreterin Kuhn beantragt eine Änderung in § 5 Abs. 1 a.

Das Aufgabengebiet des Finanz- und Wirtschaftsausschusses soll unter „Selbstständige Entscheidungen“ zweiter Spiegelstrich „Personalentscheidungen (Einstellung und Entlassungen) für Beschäftigte der Gemeinde ab Entgeltgruppe 9 TvöD“ lauten.

Sie erläutert zu diesem Antrag, dass weder die Betriebsteile des Eigenbetriebes, noch der Eigenbetrieb als solcher rechtlich selbstständig ist. Die Entgeltgruppe 9 sei die Einstiegsgruppe des gehobenen Dienstes, daher sollte ab dieser Stufe die Entscheidung gefällt werden.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt schlägt vor, diesen Punkt mit dem Wort „Vorbereitung“ zu ergänzen.

Die Satzung soll unter § 5 Abs. 1 a unter „Selbstständige Entscheidungen“ zweiter Spiegelstrich wie folgt geändert werden:

„Vorbereitung von Personalangelegenheiten (Einstellung und Entlassung) für Beschäftigte der Gemeinde ab Entgeltgruppe 9 TvöD, die der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister direkt unterstellt sind und Leitungsaufgaben erfüllen.“

Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter stimmen über diese Änderung ab.

Beschluss:

§ 5 Abs. 1 a wird unter „Selbstständige Entscheidungen“ zweiter Spiegelstrich wie folgt geändert:

„Vorbereitung von Personalangelegenheiten (Einstellung und Entlassung) für Beschäftigte der Gemeinde ab Entgeltgruppe 9 TvöD, die der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister direkt unterstellt sind und Leitungsaufgaben erfüllen.“

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 20	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

Frau Vorsitzende Eschenlauer fragt, ob für § 5 Abs. 1 b der 7. Änderung der Hauptsatzung Änderungsanträge vorliegen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter stimmen § 5 Abs. 1 b der 7. Änderung der Hauptsatzung zu.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 22	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

Herr Gemeindevertreter Leonhardt beantragt die Bezeichnung des § 5 Abs 1 c der 7. Änderung der Hauptsatzung in „Schule, Kultur, Jugend und Sport“ zu ändern. Zusätzlich beantragt er, unter Nummer 2 des Aufgabengebietes des Ausschusses „Kindertagesstätten“ einzufügen.

Frau Vorsitzende Eschenlauer lässt über die bisher vorliegende Fassung abstimmen.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 6	Nein-Stimmen: 16	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

Die vorliegende Fassung gilt als abgelehnt.

Anschließend stimmen die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter über den Antrag von Herrn Gemeindevertreter Leonhardt ab.

Beschluss:

Die Bezeichnung des § 5 Abs 1 c der 7. Änderung der Hauptsatzung wird in „Schule, Kultur, Jugend und Sport“ geändert.

Unter Nummer 2 des Aufgabengebietes des Ausschusses wird „Kindertagesstätten“ eingefügt.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 17	Nein-Stimmen: 5	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

Herr Gemeindevertreter Leonhardt beantragt in § 5 Abs 1 d das Aufgabengebiet des Werk-ausschusses „Hafen, Tourismus und Schwimmhalle“ um einen weiteren Punkt „Bauhof“ zu erweitern.

Es wird über diesen Antrag abgestimmt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Änderung in § 5 Abs 1 d das Aufgabengebiet des Werkausschusses „Hafen, Tourismus und Schwimmhalle“ um einen weiteren Punkt „Bauhof“ zu erweitern.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Frau Vorsitzende Eschenlauer erkundigt sich nach Änderungsanträgen für § 5 Abs. 1 e der 7. Änderung der Hauptsatzung.

Dies ist nicht der Fall.

Beschluss:

Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter beschließen diesen Punkt einstimmig.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Zum § 5 Abs 1 e, Ausschuss für „Umwelt, Liegenschaften und Energie“ liegen keine Wort-meldungen vor.

Die Gemeindevertretung stimmt ab.

Beschluss:

Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter beschließen diesen Punkt wie vorlie-gend.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Frau Vorsitzende Eschenlauer bittet Herrn Amtsdirektor Körber um Erläuterung des § 13 der 7. Änderung der Hauptsatzung.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert das Prozedere der Veröffentlichung von amtlichen Bekanntmachungen durch den Bauhof und das Verfahren, wie in den übrigen 19 Amtsgemeinden auch, über den Probsteier Herold.

Frau Gemeindevertreterin Mordhorst hinterfragt, ob gewährleistet sei, dass die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen zeitnah in den Aushängekästen erfolgt.

Herr Gemeindevertreter Dittmann-Wunderlich möchte wissen, ob die Fristen gewährleistet werden können, da der Probsteier Herold nur 2 mal in der Woche erscheint.

Herr Amtsdirektor Körber erklärt, dass es nicht darauf ankomme, wann die Bekanntmachung dem Leser in der Zeitung zur Verfügung stehen, sondern vielmehr, wann die Verwaltung die Information an die Redaktion gibt.

Herr Gemeindevertreter Opp spricht die Anzahl der Leser des Probsteier Herolds an. Seiner Meinung nach würden mehr Bürgerinnen und Bürger die Kieler Nachrichten in Laboe lesen.

Herr Amtsdirektor Körber entgegnet, dass dieser Aspekt bei amtlichen Bekanntmachungen nicht maßgeblich sei. Außerdem würde durch die Gemeinde gewährleistet werden, dass gleichwohl ein Aushang in den Kästen der Gemeinde erfolge. Lediglich die „öffentliche“ Bekanntmachung erfolge dann im „Herold“. Damit wäre ein optionaler Ablauf bei den Tätigkeiten des Bauhofes erreicht.

Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter stimmen ab.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt § 13 der 7. Änderung der Hauptsatzung zu.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 20	Nein-Stimmen: 2	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

Herr Gemeindevertreter Schäfer beantragt eine Vertagung des Beschlusses über die Satzungsänderung auf einen Termin nach dem 22.09.2013.

Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter stimmen über den Antrag von Herrn Schäfer ab.

Beschluss:

Der Antrag gilt als abgelehnt.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 2	Nein-Stimmen: 19	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

Eine Abstimmung über die 7. Änderung der Hauptsatzung in Gänze folgt.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der 7. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Ostseebad Laboe zu.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 2	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

TO-Punkt 8.2: Satzung zur 2. Änderung der Gemeinde Ostseebad Laboe über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern vom 19.12.2007

Herr Amtsdirektor Körber erläutert die vorliegende Satzung für die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der 2. Änderung der Satzung der Gemeinde Ostseebad Laboe über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern –Entschädigungssatzung- zu.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

**TO-Punkt 9: Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Benutzung und Gebührenerhebung für die Unterkünfte für Obdachlose in der Gemeinde Laboe vom 13.12.1995
Vorlage: LABOE/BV/673/2013**

Herr Amtsdirektor Körber erläutert den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern, dass mit Beginn des 01.01.2008 die Aufgabe der Gefahrenabwehr „Beseitigung von Wohnungslosigkeit“ auf das Amt Probstei übergegangen sei.

Die Gemeinde habe zwischenzeitlich Ihre Objekte der Unterbringung verkauft. Der stattgefundenen Verkauf der gemeindlichen Objekte führe jedoch keinesfalls dazu, dass die vorhandenen Obdachlosen nicht untergebracht werden können.

Eine Aufhebung der Satzung sei nun der Verwaltungsabschluss der übertragenen Aufgabe.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Benutzung und Gebührenerhebung für die Unterkünfte für Obdachlose in der Gemeinde Laboe vom 13.12.1995 in der Fassung des Entwurfes.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 10: Richtlinie über die Nutzung der Lesehalle - Beratung und Beschluss
Vorlage: LABOE/BV/702/2013**

Herr stellv. Bürgermeister Riecken führt an, dass Ortsverbänden, die es nicht in die Gemeindevertretung geschafft haben, jedoch im Landtag des Landes Schleswig-Holstein vertreten

sind, durch die Änderung in § 2 Absatz 1 Nr. 4 die Möglichkeit gegeben wird, die Lesehalle ohne Entgelt nutzen zu können.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Richtlinie für den Gemeindebetrieb der Gemeinde Ostseebad Laboe über die Nutzung der Lesehalle in vorliegender Form.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:	Befangen: 0

**TO-Punkt 11: Einrichtung weiterer Kindertagesstättenplätze
Sachstandsbericht und Vertrag mit dem DRK-OV Laboe
Vorlage: LABOE/BV/698/2013**

Herr 1. stellv. Bürgermeister Riecken erläutert, dass der SKS über die Angelegenheit beraten hätte. Dem Trägerschaftsvertrag musste zugestimmt werden. Er teilt weiterhin mit, dass der Kreis gewisse Bedenken habe, da im B-Plan ein Gewerbegebiet gekennzeichnet sei. Das Gewerbegebiet habe allerdings den Charakter eines Mischgebietes, und in dem wäre ein Kindergarten genehmigungsfähig. Man müsse sich nun dafür einsetzen, dass eine Genehmigung seitens des Kreises erteilt werde.

Herr Gemeindevertreter Nazareth möchte wissen, wie groß die Chance sei, dass das Gewerbegebiet als Mischgebiet gewertet würde. Er fragt, ob es einen ähnlichen Vorbeschluss gebe.

Herr 1. stellv. Bürgermeister Riecken erklärt, dass Asylbewerberheime in Gewerbegebieten genehmigungsfähig seien. In seinen Augen wäre das vorliegende Gebiet jedoch kein reines Gewerbegebiet sondern ähnele einem Mischgebiet. Herr Riecken ergänzt, dass der Vertrag zwar abgeschlossen sei, ein Rücktritt jedoch möglich wäre, falls eine negative Entscheidung des Kreises gefällt würde.

Herr Gemeindevertreter Nazareth erkundigt sich weiter über die Umsetzung. Er schlägt vor, weitere Maßnahmen für den Betrieb erst einzuleiten, wenn eine Genehmigung seitens des Kreises vorliegt.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert daraufhin den Unterschied eines Mischgebietes und eines reinen Gewerbegebietes. Er ist der Meinung, es müsse möglich sein, über die BauNVO eine Genehmigung zu erzielen. Er bestätigt, dass zur Zeit keine weiteren Maßnahmen zur Ausführung getätigt würden, bis eine endgültige Entscheidung vorlege.

Frau Vorsitzende Eschenlauer erinnert an die Sitzungsvorlage und lässt die Vertreterinnen und Vertreter abstimmen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung nimmt die Eilentscheidung des 1. Stellv. Bürgermeisters nach § 55 (4) GO, die „Ergänzung des Vertrages über die Trägerschaft der Kindertagesstätte des Deutschen Roten Kreuzes in Laboe vom 07.05.2008“ zu unterschreiben zur Kenntnis.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 12: Resolution zur Erhaltung der Polizeistation Laboe

Frau Vorsitzende Eschenlauer verliest die Resolution zur Erhaltung der Polizeistation Laboe.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für Ihre Unterstützung zur Unterschriftenaktion.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Laboe unterstützt die Einwohnerinnen und Einwohner die sich für den Erhalt der Polizeistation ausgesprochen haben mit einer Resolution zur Erhaltung der Polizeistation Laboe.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 13: Bekanntgaben und Anfragen

Es liegen keine Bekanntmachungen und Anfragen vor.

Frau Eschenlauer schließt daraufhin den öffentlichen Sitzungsteil um 20.26 Uhr und unterbricht die Sitzung für eine kurze Pause.

Die Gemeindevertreter Schröder und Nazareth verlassen aufgrund Befangenheit im nichtöffentlichen Teil den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 20.35 Uhr mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

gesehen:

Wiebke Eschenlauer
- Bürgervorsteherin -

Saskia Kardel
- Protokollführerin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -